

Oberbürgermeisterin  
Barbara Bosch  
Marktplatz 22  
72764 Reutlingen

## **Neue Wohnungsgemeinnützigkeit einführen!**

12.09.2018

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Bosch,

wir b e a n t r a g e n :

Die Stadt Reutlingen wirkt beim Deutschen Städtetag darauf hin, die Einführung einer Neuen Wohnungsgemeinnützigkeit auf Bundesebene mit Nachdruck zu unterstützen und bekennt sich damit zu mehr leistbarem Wohnraum in Reutlingen.

B e g r ü n d u n g:

Der Bedarf an Sozialwohnungen in Reutlingen liegt nach einer überschlägigen Berechnung mit statistischen Parametern in der Größenordnung von ca. 9000 Einheiten. Tatsächlich dürfte der Status quo unter Einrechnung der heutigen Bestände von GWG, anderen Wohnungsgesellschaften und Privaten lediglich bei ca. 2000 Sozialwohnungen liegen. Es fehlen aktuell also ca. 7000 Sozialwohnungen. Die GWG will Ihren Bestand auf knapp 2000 Einheiten erhöhen aber das wird vermutlich Jahre dauern und ist bei weitem nicht ausreichend.

Geht man von den Zielwerten der Wohnbauflächenoffensive aus, so würde es 50 Jahre oder mehr dauern, den Fehlbestand an Sozialwohnungen auszugleichen. Diese Zahlen verdeutlichen, dass über den Sozialen Wohnungsbau hinaus weitere Instrumente zur Bekämpfung der Wohnungsnot erforderlich sind.

Die Einführung einer Neuen Wohnungsgemeinnützigkeit ist schon seit geraumer Zeit im Gespräch und (wenn auch wenig konkret) im Koalitionsvertrag benannt. Der Deutsche Städtetag unterstützt dieses Projekt, unter anderem in einem Positionspapier vom September 2017.

Mit Steuerbefreiungen – bzw. Erleichterungen, Zuschüssen und Darlehen können insbesondere die Kommunalen Wohnungsgesellschaften finanziell entlastet werden und im Gegenzug zu deutlich mehr Gemeinwohlorientierung verpflichtet werden.

Die GWG Reutlingen verlangt derzeit für neu hergestellte frei finanzierte Wohnungen 11,- €/m<sup>2</sup>, Private noch deutlich mehr. Solche Mieten kann sich selbst die Mittelschicht nicht mehr leisten, geschweige denn die unteren Einkommensklassen.

Mit Wiedereinführung der Kostenmiete bei deutlicher Kostenreduzierung können die Wohnbaugesellschaften über den Sozialen Wohnungsbau hinaus einen beträchtlichen Beitrag an der Bereitstellung von leistbarem Wohnraum beisteuern.

Die gesetzlichen Grundlagen dafür müssen auf Bundesebene geschaffen werden, weswegen die Stadt Reutlingen ein deutliches Signal an den Deutschen Städtetag sendet um allen Menschen unabhängig von ihrem Einkommen ein leistbares Wohnen zu ermöglichen.

Rüdiger Weckmann und Carola Rau  
Stadträte Linke Liste Reutlingen